

**Zeitschrift:** Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik  
**Herausgeber:** Widerspruch  
**Band:** 16 (1996)  
**Heft:** 32

**Artikel:** Testfall Le Pen : Frankreichs liberale Demokratie in der Defensive  
**Autor:** Baier, Lothar  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-652076>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 05.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Testfall Le Pen

### Frankreichs liberale Demokratie in der Defensive

Im Blick auf die Entwicklung im rechten Spektrum Frankreichs ist in deutschsprachigen Zeitungen von einem „Kulturkampf an der braunen Front“ (FAZ vom 8.6.96) geredet worden. Der Terminus „Kulturkampf“ ist in Deutschland historisch besetzt. Mit ihm wird das Bündel von Gesetzen und Massnahmen bezeichnet, die Bismarck in dem Jahrzehnt nach der Reichsgründung mit dem Ziel auf den Weg brachte, in dem nicht mehr eindeutig preussisch-protestantisch dominierten neuen Reich den Einfluss der katholischen Kirche und der Partei des katholischen Zentrums zurückzudrängen. Den Priestern wurden politisierende Predigten untersagt, die Jesuiten kamen unter Aufsicht, Klöster wurden aufgelöst. Das Wort „Kulturkampf“ geht auf eine Formulierung des berühmten Arztes und Anthropologen Rudolf Virchow zurück, der einen antiklerikalen Wahlauftritt der Fortschrittspartei mit dem Titel „Kampf für die Kultur“ versehen hatte. Bismarck allerdings ging es nicht um Kultur, es ging um die politische Macht im Reich und dabei besonders um das Gewicht Preussens. Der Terminus „Kulturkampf“ deckt das gnädig zu – deshalb wurde er auch rasch aufgenommen und bereitwillig weiterverbreitet.

In Frankreich steht derzeit nichts auf der Tagesordnung, was auch nur von ferne an Bismarcks nach der Reichsgründung vom Zaun gebrochenen Konflikt erinnert: keine konfessionell geprägte Partei liegt im Clinch mit einer anderen, keine antiklerikale Offensive ist angesagt. Aber auch wenn man diese historische Analogie beiseite lässt, ist der auf die Kultur gelegte Akzent dazu angetan, in die Irre zu führen: man weiss nämlich nicht, ob man Le Pens Partei Front National (FN) nun ganz besonders fürchten soll, weil sie schon bis in die Kultur vorgedrungen ist, oder ob man sich beruhigt zurücklehnen darf, weil sich die extreme Rechte ja bloss mit kulturellen Angelegenheiten abgibt. In beiden Fällen droht die Gefahr, den propagandistischen Manövern der FN-Führung auf den Leim zu gehen.

Das Thema Kultur hatte der FN selbst auf die Tagesordnung gesetzt. Im Ferienmonat August 1996 veranstaltete die Le-Pen-Partei in dem Badeort La Grande Motte an der Mittelmeerküste, einer in den sechziger Jahren aus dem Boden gestampften Zweitwohnungssiedlung, ein mehrtägiges Sommerseminar, nach dem Muster anderer Parteien, die seit Jahren auf sogenannten „Sommeruniversitäten“ ihre Prominenz aufmarschieren lassen, damit in der Sauregurkenzeit die Existenz von Parteien nicht ganz in Vergessenheit gerät. Das Motto „Kultur und Politik“ über einer Veranstaltung des Front National setzte nicht wenige Berichterstatter in Erstaunen, vor allem die aus dem Ausland angereisten: „Was hat dieser Verein von Algerienkriegsveteranen und schlagkräftigen Saalordnern mit Kultur im Sinn?“, fragten sie sich und stellten überrascht fest, dass der FN sowohl smarte junge Intellektuelle zu

den Seinen zählt als auch akademische Würdenträger aus angesehenen französischen Bildungsinstitutionen. So entstanden dann Überschriften wie „Auf dem Weg über die Kultur sucht Le Pen den Weg zur Macht“, wie es in der FAZ vom 7.8.1996 hiess.

Diesen Reportagen aus dem von rechtsausen belebten Sommerloch waren verschiedene die französische Öffentlichkeit alarmierende Meldungen aus drei südfranzösischen Städten vorausgegangen, Toulon, Marignane und Orange, in denen der FN seit den Kommunalwahlen von 1995 Bürgermeister und Stadtregierung stellt. In städtischen Bibliotheken waren Bücher linker Autoren, die sich, wie die politischen Krimis von Didier Daeninckx, mit der extremen Rechten befassen, aussortiert und durch Bücher national beseelter Autoren ersetzt worden. Die Stadt Orange, die einen Luftwaffenstützpunkt und zahlreiche Kasernen beherbergt und ausser Bauwerken aus der Römerzeit und einem sommerlichen Opernfestival nicht viele Attraktionen zu bieten hat, strich städtische Subventionen für kulturelle Veranstaltungen und veranlasste manche ihrer Organisatoren, in Nachbargemeinden auszuweichen. Eine Reihe von Künstlern rief zum Boykott der drei vom FN regierten Städte auf. Zeichnen sich dort die ersten Konturen einer ausgearbeiteten rechtsextremen Kulturpolitik ab oder handelt es sich um Schnellschüsse kleinkarierter oder auch schlaue kalkulierender rechter Lokalfürsten? In Orange sprang das Pariser Kulturministerium ein, nachdem der FN-Stadtrat die Zuschüsse für das Opernfestival gestrichen hatte; die Stadt bekam ihr Festival und den gewinnbringenden Zustrom von Touristen wieder, ohne etwas dafür bezahlen zu müssen. Der Schachzug, der sich zu städtischen Sparzwecken schlaue der allgemeinen Empörung über den Front National bediente, dürfte der lokalen Popularität des FN-Bürgermeisters kaum abträglich gewesen sein.

Was will die extreme Rechte in Frankreich jenseits des lokalen Rahmens und was kann sie wollen, wenn sie auf einmal die Fahne der Kultur hochhält, nachdem sie ausser ein wenig Jeanne-d'Arc-Folklore in dieser Richtung bisher nichts unternommen und nichts zu bieten hatte? Bedeutungsloses Sommertheater? Oder geht die Saat einer von langer Hand geplanten Strategie auf, wie manche Beobachter meinen, einer politischen Strategie, die vor zwanzig Jahren abseits der Partei theoretisch ausgedacht wurde und sich jetzt auszahlt? Angesprochen wird damit das Auftreten einer Gruppe rechter Intellektueller, die sich in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre als „Nouvelle Droite“ präsentierte und, als es ihr vorübergehend gelang, ein paar ihrer Leute in der Magazinredaktion der konservativen Tageszeitung *Le Figaro* zu plazieren, die Öffentlichkeit gewaltig aufschreckte. Mit dem „Nouvelle“ vor „Droite“ wollten die um den emsigen, im Milieu rechtsextremer Zirkel der sechziger Jahre grossgewordenen Publizisten Alain de Benoist sich scharenden Leute zu verstehen geben, dass sie sich mit der traditionellen, nationalistischen und häufig ultrakatholischen Rechten nicht verbunden fühlten. Der etablierten Rechten warfen sie vor, die Zeit verschlafen und zugelassen zu haben, dass die Linke in Frankreich in Domänen der Rechten

wie "Regionalismus" und "Kritik am Fortschritt" eingebrochen war.

Die ins Auge fallende Neuerung, durch die sich die „Nouvelle Droite“ von den Traditionsrechten absetzte, war ein umgebauter Begriff von Politik. Sie wollte keine politische Partei darstellen, auch keine Partei neuen Typs, eben weil sie die Auffassung vertrat, dass die Macht sich nicht mehr auf politischem Weg gewinnen lässt. Die Kultur hatte sie als das entscheidende Terrain ausgemacht, und zwar, nach Behauptung des ebenso belesenen wie gewieften Alain de Benoist, unter Anleitung Antonio Gramscis. Die „kulturelle Hegemonie“ gewinnen, hiess die in den Zeitschriften der „Nouvelle Droite“ ausgegebene Parole, die manchen so sehr in die Knochen fuhr, dass bald von einem „Gramscismus von rechts“ geredet wurde, gegen den man sich wappnen müsse (vgl. Siegfried 1991). Gesichtet wurde das bizarre Fabelwesen „Gramscismus von rechts“ bisher allerdings nirgends.

Worin bestand nun der eigene furchteinflössende Beitrag der „Nouvelle Droite“ zu der Strategie der Machteroberung auf dem Gebiet der Kultur? In erster Linie in der Herausgabe einer Reihe von Zeitschriften (*Éléments*, *Nouvelle École* etc.), im Abhalten von Kolloquien, im Umschmeicheln älterer Universitätsprofessoren mit dem Ziel, sie als Mitglieder virtueller, doch seriös wirkender Redaktionskomitees zu gewinnen, in der Zusammenstellung dicker Sammelbände (für eine seiner Sammlungen von Rezensionen und Artikeln war Alain de Benoist 1977 mit dem Preis der Académie Française ausgezeichnet worden), und ähnlichem mehr. Die Auswahl der Themen, mit denen sich die (bezeichnenderweise ausschliesslich männlichen) Mitarbeiter dieser Zeitschriften und Sammelbände befassten, war verhältnismässig begrenzt; es ging ums indo-europäische Erbe, um die Vorzüge des Polytheismus gegenüber dem Monotheismus, ums Christentum als „Bolschewismus der Antike“, um eine „Soziobiologie“ genannte, alte Vererbungstheorien wiederbelebende Forschungsrichtung in den USA, um den Gleichheitsgedanken als Ursprung des Totalitarismus jeglicher Art. Es handelt sich um die alte, terminologisch etwas modernisierte Thematik der antiklerikalen, mit Kelten- und Druidentum hantierenden Rechten, die für sich kaum geeignet erscheint, ein grösseres, sich gewöhnlich für andere Gegenstände erwärmendes Publikum mitzureissen oder gar die ganze Gesellschaft „metapolitisch“ aufzumischen, wie der von Alain de Benoist gern gebrauchte, erlesene Terminus lautete. Nur die Medienkampagne von 1979/1980 verschaffte der „Nouvelle Droite“ vorübergehend grosses Echo. Nach dem Machtantritt der Sozialisten 1981 wandte sich das französische Publikum wieder konkreteren und näherliegenden Themen zu.

Am 17. Juni 1984 erlebte eine rechtsextreme Partei, die der ehemalige poujadistische Abgeordnete Jean-Marie Le Pen 1972 unter dem ausgerechnet der kommunistischen Résistance abgekupfert Namen „Front National“ gegründet hatte, ihren politischen Durchbruch: Bei den ersten Wahlen zum europäischen Parlament in Frankreich erhielt sie 11 Prozent der Stimmen. Der FN war mit von der Partie, als kurz darauf Hunderttausende Franzosen auf die Strasse gingen und die sozialistische Regierung zwangen, ein gegen

die katholischen Privatschulen gerichtetes Reformprojekt zurückzuziehen. Der FN präsentierte sich den Wählern als eine durch und durch konservative Kraft, die den alten Glauben und das alte Frankreich zu verteidigen versprach, gegen die europäische Integration, gegen den amerikanischen Einfluss, gegen die Immigranten, besonders die Nordafrikaner. „Mes idées? Les vôtres!“ – auf deutsch gesagt: ich spreche nur aus, was ihr insgeheim denkt – lautet seit den achtziger Jahren Le Pens schlichter, aber wirkungsvoller Slogan. Nach den Parlamentswahlen von 1986, für die das Verhältniswahlrecht eingeführt worden war, zogen dreissig Abgeordnete des FN in die Pariser Nationalversammlung ein. Im Handumdrehen war aus einem Klüngel von Veteranen des Algerienkriegs und Nostalgikern der „nationalen Revolution“ Marschall Pétains ein unübersehbarer politischer Faktor geworden. Die anderen Parteien zeigten sich unschlüssig, wie sie ihn in ihre eigenen wahltaktischen Überlegungen einbeziehen sollten.

1987, ein Jahr nach dem Einzug der FN-Fraktion ins französische Parlament, schien sich ihr Chef Le Pen, wenn man den Zeitungen und Magazinen Glauben schenken wollte, ganz von allein ins Abseits manövriert, ja sogar politischen Selbstmord begangen zu haben. In einer Fernsehsendung von RTL wurde er einige Wochen nach der Urteilsverkündung im Prozess gegen den ehemaligen Gestapochof von Lyon Klaus Barbie befragt, was er denn über die Gaskammern der Nazis denke, worauf er zur Antwort gab, dass er sich mit der Frage noch nicht eingehend befasst habe und dass er die Gaskammern im übrigen „für einen Nebenumstand – point de détail – in der Geschichte des Zweiten Weltkriegs“ halte. Ein vielstimmiger Aufschrei in den Medien war die Folge: einerseits zeigten sich die Kommentatoren entsetzt darüber, dass ein Politiker, Abgeordneter der Nationalversammlung und des Europaparlaments, keine Scheu mehr hat, die Sprache der Auschwitzleugner nachzusprechen, auf der anderen Seite liessen sie durchaus Erleichterung darüber erkennen, dass der Chef der sonst schwer zu packenden Partei FN die Maske abgeworfen hatte. „Das Detail, das tötet“, überschrieb der Chefredakteur von *Libération* Serge July am 16.9.1987 seinen Leitartikel und führte dann aus: „Jahre der semantischen Inszenierung und sprachlichen Anpassung waren umsonst. Innerhalb weniger Minuten ist er wieder zu dem rechtsextremen Rassisten geworden, der er in Wahrheit immer geblieben war.“ Der Chefredakteur des linksliberalen *Nouvel Observateur*, Jean Daniel, war sich sicher, dass Le Pen nun „eindeutig abgelehnt“ wird, weil er sich von dem „Minimalkonsens gegenüber den Nazi-Phänomenen“ ausgeschlossen habe. Meinungsumfragen registrierten im Lauf des Herbstes 1987 einen Rückgang der Sympathien für Le Pen und seine Partei.

Ein halbes Jahr später war das alles nur noch Makulatur. Der Kandidat Le Pen erhielt im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl 1988 fast 15 Prozent der Stimmen, hatte also an Sympathie erheblich dazugewonnen. Wenn Le Pen mit seiner Äusserung einen antifaschistischen „Minimalkonsens“ aufgekündigt hatte, so war dieser offenbar nicht so fest verankert, wie Meinungsumfragen glauben machten; oder den Leuten, die Le Pen ihre Stimme gaben, kam es gerade darauf an, dass einer aus dem Konsens

ausscherte, gleichgültig welchen Inhalt der Konsens besitzt. Die liberale Öffentlichkeit hatte sich verkalkuliert, als sie von ihrer eigenen Empörung auf die Empörung der gesamten Gesellschaft schloss, und Le Pen verstand es sogleich, aus der Fehleinschätzung Nutzen für sich und seine Sache zu ziehen. Das Spiel, das er im September 1987 mit dem „point de détail“ eröffnete, spielt er in Abständen wieder, so neulich in einem *Spiegel*-Gespräch vom 11.11.96, und jedesmal geht es zu seinen Gunsten aus, auch wenn er hier und da aufgrund verschärfter antirassistischer Gesetze zu einer Geldstrafe verurteilt wird. Solche Verurteilungen schrecken weder ihn noch seine Anhänger und potentiellen Sympathisanten ab, sie tragen vielmehr dazu bei, die mythische Rolle eines volksnahen und gerechten Rebellen zu modellieren, der dafür bestraft wird, dass er unerschrocken ausspricht, was andere nur verschämt denken.

Im September 1996 hat Le Pen wieder einmal mit einer Äusserung anlässlich einer Pressekonferenz in La Grande Motte die liberale Öffentlichkeit in Aufregung versetzt: „Ich glaube an die Ungleichheit der Rassen, sicher, das ist evident.“ Danach lief alles ab wie gehabt: Die Zeitungen füllten sich mit flammenden Stellungnahmen von Kirchenvertretern, von gewerkschaftlichen, antirassistischen und politischen Organisationen; *Le Monde* liess einen Humanbiologen ausführlich darlegen, dass es streng wissenschaftlich betrachtet eigentlich keine menschlichen Rassen gibt; der prominente Sozialist Henri Emmanuelli verlangte das Verbot des FN, während andere Politiker eine Verschärfung der Strafbestimmungen für Aufrufe zum Rassenhass forderten. Premierminister Alain Juppé bezeichnete Le Pens Partei ohne Schnörkel als rassistisch und antisemitisch, doch die seine Regierung tragenden Parteien RPR und UDF übten sich in vornehmer Zurückhaltung. Dazu sind sie auch gezwungen, denn vor Ort sind sie vielfach auf gutes Einvernehmen mit dem FN angewiesen, da sie für Stichwahlen die Stimmen der rechtsextremen Wähler brauchen, um Kandidaten der Linken schlagen zu können. Auch wenn der FN nach Wiedereinführung des Mehrheitswahlrechts als Fraktion in der Nationalversammlung keine sichtbare Präsenz mehr besitzt, ist er durch das Gewicht seiner Wähler überall Bestandteil der politischen Gremien, von den Département-Räten bis hinauf ins nationale Parlament. Die „bürgerliche“ Mehrheit in Frankreich kann sich ohne das Wohlwollen des FN landesweit gar nicht halten. Insofern ist Le Pen auch nicht „auf dem Weg zur Macht“, wie es in der FAZ zu lesen war, er nimmt, wenn auch indirekt, längst an ihr teil.

Angesichts dieser faktischen Einbindung der Le-Pen-Partei ins politische System hat die liberale Öffentlichkeit in Frankreich auch grosse Schwierigkeiten, auf die Präsenz des Rechtsextremismus in einer kohärenten Sprache zu antworten. Kommentare mahnen gern zur Vorsicht und trennen dann zwischen einer zwar verhetzten, im Grunde aber gutartigen Anhängerschaft und einer böartigen Parteiführung. Nicht nur aus demokratischem Pflichtgefühl heraus, sondern auch im Hinblick darauf, dass das offensichtlich Böse im Gegensatz zum verschämten Guten ein besonders attraktiver Medienge-

genstand ist, laden Fernsehen und Radios Le Pen dann und wann zum Interview oder Streitgespräch ins Studio ein. Diese Auftritte enden in aller Regel in einem Waterloo der Journalisten. Daran gewöhnt, Hofberichterstat-ter zu spielen und prominente Interviewpartner vor sich zu haben, die stets zu ihrem eigenen Vorteil die Spielregeln beachten, sind sie dem Gemisch aus Regelverletzung, Provokation und Demagogie, durch das sich Le Pens effektvolle Medienauftritte auszeichnen, meist nicht gewachsen. Der Aus-druck anständiger Gesinnung allein unterliegt im Duell mit der kämpferi-schen Gerissenheit des FN-Führers, der sich seine vielfältigen Verurteilun-gen wegen Beleidigung und Verstoss gegen das Antirassismus-Gesetz in-zwischen ans Revers heften kann wie andere ihre Verdienstorden.

Dass es Bernard Tapie gewesen ist, der selbst inzwischen mehrfach wegen verschiedener Delikte verurteilte politische Hallodri, der nach allgemeinem Eindruck als einziger Le Pen einmal beim Schlagabtausch vor der Kamera glänzend Paroli bot, scheint kein Zufall zu sein: Gauneraugen erkennen am besten die Schwachstellen eines Spitzbuben. Tapie hat seiner Verurteilungen wegen inzwischen den Abgeordnetensitz aufgeben müssen, den er als unab-hängiger linker Kandidat im Wahlkreis von Gardanne bei Marseille gewon-nen hatte. Bei der notwendig gewordenen Nachwahl ist im Oktober 1996 etwas Merkwürdiges geschehen: sowohl die rechten Parteien als auch die Sozialisten hatten ihre Kandidaten derart nachlässig unterstützt, dass diese im ersten Wahlgang untergingen und bei der nachfolgenden Stichwahl das Feld dem KPF-Kandidaten und dem FN-Kandidaten überlassen mussten. Roger Meï, der kommunistische Bürgermeister von Gardanne, siegte mit über 60 Prozent der Stimmen über seinen rechtsextremen Widersacher; doch nur 40 Prozent der Wahlberechtigten hatten sich überhaupt an der Abstim-mung beteiligt. Das Duell zwischen Kommunisten und Rechtsextremen besass offenbar nur mässige Anziehungskraft.

Angesichts dieser Entwicklungen von einem „Kulturkampf“ zu sprechen, den die extreme Rechte in Frankreich ausgerufen haben soll, erscheint wie ein Versuch, vor den beunruhigenden Schlussfolgerungen auszuweichen, die aus zwölf Jahren Erfolgsgeschichte des Front National politisch zu ziehen sind: Sie betreffen nämlich die Substanz der liberalen Demokratie selbst. Es mag zwar sein, dass inzwischen einige der Mitstreiter von Alain de Benoist zum FN übergewechselt sind und schwierige Begriffe wie „Metapo-litik“ und „kulturelle Hegemonie“ ins eher schlichte Vokabular der rechtsex-tremen Politiker einführten, doch nicht aus solchen kosmetischen Operatio-nen wächst dem Rechtsextremismus Stärke zu; es ist die Zweideutigkeit und Nachlässigkeit in der öffentlichen Selbstdarstellung der liberalen Demokra-tie selbst, was die Anhängerschaft Le Pens anwachsen lässt.

Kaum ein Stichwort der Demagogie des FN, das nicht in der einen oder anderen Form von autorisierter Stelle ausgegeben worden wäre; das beginnt mit der „Toleranzschwelle“ gegenüber der Immigration, von der François Mitterrand einmal sprach, führt über Jacques Chiracs Bemerkung über die für Franzosen unangenehmen Gerüche, die aus den Wohnungen von Maghre-binern kämen, und endet bei der vom ehemaligen gaullistischen Innenmini-

ster Charles Pasqua initiierten Gesetzesänderung, die ganze Gruppen von Ausländern zu illegalen Parias stempelte. Autoritär strukturierte Individuen, denen nichts ferner liegt, als ohne Segen von oben zu denken und zu handeln, müssen deshalb gar nicht das Gefühl haben, etwas Unrechtes zu tun, wenn sie Le Pen nachlaufen; Le Pen sagt es nur etwas plastischer als die Regierenden: “La France aux Français!” – Arbeitsplätze für Franzosen! Wird der FN-Führer dafür öffentlich an den Pranger gestellt, können sie sich, wenn sie sich mit ihm gegen die Medien und gegen die “herrschende Kaste”, die Sprecher von Parteien und Organisationen solidarisieren, sogar einreden, dass ihr jämmerlicher autoritärer Konformismus durch ein Element des Rebellischen veredelt wird.

Die abschreckende Wirkung einer liberalen Empörung, die selbst die gesellschaftlichen Mechanismen nicht durchschaut, in denen sie funktioniert, bleibt notwendig begrenzt. Hinzukommt, dass zwischen der eindrucksvollen öffentlichen Symbolisierung der Empörung über Xenophobie und Antisemitismus und der Qualität des Handelns im konkreten Fall in Frankreich oft ein Abgrund klafft. Staunend und fasziniert hatte alle Welt zugesehen, wie sich nach der Schändung des jüdischen Friedhofs von Carpentras im Mai 1990 Präsident Mitterrand in Paris persönlich an die Spitze eines grossen Demonstrationzugs setzte, der Rassismus und Antisemitismus den Kampf ansagte: einmalig in der Welt, diese Geste der französischen Republik! Danach geschah allerdings garnichts, das heisst, die mit der Ermittlung der Tat betrauten Behörden im Département Vaucluse dösten Jahr für Jahr untätig vor sich hin, bis ein von den Nebenklägern beauftragter Anwalt im Frühjahr 1996 Krach schlug und erreichte, dass die Ermittlungen einer anderen Staatsanwaltschaft anvertraut wurden. Schon wenige Wochen danach waren wundersamerweise Verdächtige gefasst, einer von ihnen hatte sich selbst gestellt und ein Geständnis abgelegt; die Täter entstammten wie erwartet der rechtsextremen Szene. Doch sechs Jahre lang hatte Le Pen sich lautstark darüber beschweren können, dass man die Schandtat von Carpentras zu Unrecht seinem rechtsextremen politischen Milieu in die Schuhe schob.

In diesem Fall hätte eine funktionierende Justizaufsicht dem Land einen Schaden erspart, den die schönsten Demonstrationen gegen den Rassismus mit dem Staatspräsidenten in der ersten Reihe nicht wettmachen können.

## Literaturhinweise

- Le Pen, Jean-Marie, 1996: „Ich bin ein Rebell.“ Über Rassismus, Einwanderer und die Krise in Frankreich. Spiegel-Gespräch. In: Der Spiegel, Nr.46, 11. November, Hamburg.
- Siegfried, Hanspeter: Kulturrevolution von rechts? Zur Ideologie der Neuen Rechten. In: Widerspruch Nr. 21, Neuer Rassismus, 2. Aufl. 1991, Zürich.